

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Arnold,

zunächst möchten wir uns bei Ihnen für die angebotene Debatte bezüglich der Eigen- und Fremdvergabestruktur innerhalb unserer Kommune bedanken.

Wie bereits des Öfteren verdeutlicht, ist die die Entlohnungsstruktur in der Reinigungsbranche gesellschaftspolitisch problematisch. Der „Mindestlohn“ in diesem Bereich liegt derzeit bei 10,80 Euro. Auf Anfrage hat die Bundesregierung bekanntgegeben, dass der Mindestlohn bei knapp 13 Euro die Stunde liegen müsste, um bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5 Stunden über 45 Jahre versicherungspflichtiger Beschäftigung, eine Rente knapp über der Grundsicherung zu bekommen.

Die städtischen Reinigungsfachkräfte können daher mit ihrer Bezahlung nach TVöD zumindest mit einer Rente knapp über der Grundsicherung rechnen.

Die outgesourcten Beschäftigten werden mit dem aktuellen Lohn jedoch nicht einmal die Grundsicherung erreichen können. Und dies, obwohl sie sogar eine größere Arbeitsbelastung haben. Zudem herrscht aufgrund befristeter Arbeitsverträge eine permanente Ungewissheit über die eigene Existenz und Zukunft.

Dieser Zustand empört uns und sicherlich auch Sie.

Wir halten jedoch nicht nur aus sozialpolitischer Perspektive einen Rückgang der Fremdvergabe für essentiell. Angesichts der Corona-Pandemie und den damit verbundenen wirtschaftlichen Folgen, halten wir einen moderaten Anstieg der Eigenvergabe für ein wichtiges gesellschaftspolitisches Signal unserer Kommune sowie für die regionale Beschäftigtenstruktur.

Unserer Meinung nach braucht es in Krisenzeiten einen wirtschaftlichen Stimulus, um den (Einzel)-handel und die allgemeine Wirtschaftskraft stärken zu können. Lohnpolitische Maßnahmen tragen nach allen aktuellen wirtschaftlichen Erkenntnissen dazu bei.

Nichtsdestotrotz nehmen wir die Bedenken der Stadtverwaltung sehr ernst. Wir kennen die finanziell angespannte Lage.

Aus diesen Gründen wollen wir Ihnen konkrete Kompromissvorschläge unterbreiten:

1. Wir schlagen eine schrittweise Anhebung der Eigenvergabe im Reinigungsbereich auf 2/3 bis 2025 vor. 2021 auf 55%, 2023 auf 60% und 2025 auf 66,66% Prozent.
2. Bessere Kontrollmechanismen: Zu einer Verwaltungsausschusssitzung wird ein Beamter des Zollamts und ein vom Deutschen Gewerkschaftsbund dafür zuständiger Sachbearbeiter eingeladen, die dem Gremium über konkrete Kontrollmechanismen/Möglichkeiten berichten.
3. Wir regen eine allgemeine Prüfung und ein Bericht der Stadtverwaltung an, in welchen Bereichen (Reinigung, Grünpflege etc.) überhaupt durch Fremdvergabe unter 13 Euro die Stunde verdient wird.

Unser Ziel ist ein starker und breiter Konsens im Gemeinderat.

Ein gesellschaftspolitisches Signal der Stadtverwaltung und des Gemeinderates wäre ein starkes Zeichen in der Krise.

Wir setzen auf eine Win-Win Situation und hätten Sie, lieber Herr Oberbürgermeister Arnold, dafür gerne an unserer Seite.

Daher halten wir ein zeitnahes Treffen für sinnvoll. Um die notwendige Zeit zu haben, kommen wir auf Ihr Angebot dies erst im Dezember im Gemeinderat zu beschließen zurück. Wir bitten jedoch um eine Rückmeldung zu unseren Vorschlägen bis Ende dieser Woche.

Wir freuen uns auf den Dialog mit Ihnen und verbleiben mit herzlichen Grüßen.

Cynthia Schneider

Alexander Relea-Linder

Alessandro Lieb